

Positionspapier Stromnetze, September 2018

Weniger Bürokratie, mehr Transparenz, faire Kosten

Deutschland diskutiert über den Ausbau der Stromleitungen für die Energiewende. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat einen Ausbauplan vorgelegt. Doch die Pläne sind übertrieben, Experten warnen vor einem [überteuerten Netzausbau](#).

Schon heute werden die Stromnetze in Deutschland zu kleinteilig und mit zu hohen Kosten betrieben. Haushalte zahlen im Schnitt 280 Euro im Jahr für die Netznutzung - das ist der größte Posten auf der Haushalts-Stromrechnung. In die Kassen der rund 900 Stromnetzbetreiber fließen mehr als 25 Milliarden Euro jährlich, die Renditen sind überhöht, die Kontrollen der Netzmonopole zu lasch.

Auch eine weitere Entwicklung wird die Stromkosten der Verbraucher in die Höhe treiben: Mit der vereinbarten Übernahme der RWE-Netze wird Eon künftig einen großen Teil der lukrativen Strom-Lebensadern Deutschlands kontrollieren. Diese Marktmacht kann der Konzern zur Steigerung seiner Rendite auf dem Rücken der Kunden ausspielen – wenn die Netzkosten nicht wirksamer als bisher kontrolliert werden.

Es greift deshalb zu kurz, wenn nur über neue Stromleitungen diskutiert wird. Deutschland braucht eine umfassende Netz-Reform, um Kosten abzubauen und die Netz-Infrastruktur fit für die Energiewende zu machen.

LichtBlick fordert deshalb:

1. Mehr Kostentransparenz

Das Netzgeschäft ist ein Monopol und deshalb reguliert. Doch wie Netzentgelte festgelegt werden, ist [eine Blackbox für die Öffentlichkeit](#). Dabei könnten laut einer aktuellen [Studie der Agora Energiewende](#) durch mehr Transparenz und wirksame Kontrollen jährlich hunderte Millionen Euro eingespart werden. Es besteht ein erhebliches Regulierungs- und Transparenzdefizit, das von der Politik aufgelöst werden muss.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) legt die Höhe der Netzentgelte fest. Aufgrund angeblicher Geschäftsgeheimnisse der Betreiberfirmen veröffentlicht die Behörde die Bescheide aber in wesentlichen Teilen geschwärzt. So kann die Öffentlichkeit die Höhe der Netzentgelte nicht nachvollziehen. Auch der Rechtsweg zur Kontrolle der Behörden-Entscheidungen ist durch mehrere [Urteile von Bundesgerichten](#) de facto versperrt.

Auch die EU-Kommission setzt sich für eine transparentere und effizientere Regulierung ein. So hat sie Deutschland [vor dem EuGH verklagt](#), weil die Regulierung zum großen Teil in Gesetzen und Verordnungen geregelt ist und damit die Unabhängigkeit der BNetzA zu stark eingeschränkt wird.

LichtBlick fordert wirksame Kontrollmöglichkeiten durch transparente Behörden-Entscheidungen, Akteneinsicht, Teilnahme von Dritten an den Genehmigungsverfahren und wirksame gerichtliche Kontrolle.

2. 25 Netzcluster statt 900 Verteilnetzbetreiber

Heute gibt es bundesweit rund 900 Verteilnetzbetreiber. Diese kleinteilige Struktur ist ineffizient, sie sorgt für hohe Kosten, überbordende Bürokratie und Ineffizienz.

Die Netzstruktur behindert zudem das bundesweite Angebot neuer Geschäftsmodelle. Denn häufig müssen die Anbieter mit den lokalen Netzbetreibern Einzellösungen finden. Das bindet unnötig Ressourcen und ist eine der größten Bremsen für innovative Geschäftsmodelle wie zum Beispiel Mieterstrom oder virtuelle Kraftwerke. Das Smart Grid, mit dem vorhandene Stromleitungen besser ausgelastet und so ein Teil des Netzausbaus eingespart werden könnte, wird durch die heutige Netzinfrastruktur behindert.

LichtBlick fordert die Bündelung der 900 Verteilnetzbetreibern zu 25 regionalen Kompetenz- und Dienstleistungs-Clustern. Die heutige Eigentümerstruktur kann bestehen bleiben. Zentrale Leistungen und Services wie Planung, Ausbau und Betrieb der Netze werden in 25 Kompetenz- und Dienstleistungs-Clustern gebündelt. Das bedeutet weniger Bürokratie, höhere Fachkompetenz und mehr Professionalität. Effizientere Verwaltungen ermöglichen eine schnellere Digitalisierung und damit eine effizientere Auslastung der vorhandenen Energieleitungen. Neue Geschäftsmodelle für Privat- und Gewerbekunden können unbürokratischer bundesweit umgesetzt werden.

3. Eine deutschlandweite Strom-Regelzone

Neben den 900 lokalen Netzen ist Deutschland in 4 große Netzzonen aufgeteilt - die sogenannten Übertragungsnetze regeln den überregionalen Stromverkehr. Die Betreiber sind Tennet, 50 Hertz, Amprion und TransnetBW. Die derzeitige Aufteilung in jeweils eine Strom-Regelzone für jedes der vier Übertragungsnetze ist jedoch unnötig und übersteuert. So müssen zum Beispiel Energieanbieter, die in ganz Deutschland Stromkunden versorgen, für jede der 4 Regelzonen aufwändige Energiebilanzen erstellen. Dadurch entstehen erhebliche Aufwände. Auch wäre der Ausgleich zwischen Stromeinspeisung und Verbrauch durch sogenannte Regelernergie kostengünstiger, wenn es nur eine Regelzone gäbe.

LichtBlick fordert die Einführung einer Regelzone, um Bürokratie abzubauen, Kosten zu sparen und die Systemsicherheit zu erhöhen. Davon blieben die Eigentumsverhältnisse unberührt. Die Entwicklung im Bereich der Fernleitungen Gas von über 40 Netzbetreibern hin zu einem einzigen Marktgebiet ab dem Jahr 2021 kann hier als gutes Beispiel dienen.

4. Mehr Wettbewerb bei der Vergabe von Netzgebieten

Bei der Ausschreibung eines Windparks bekommt derjenige den Zuschlag, der die geringsten Kosten aufruft. LichtBlick fordert, dieses Wettbewerbsprinzip auch bei der Vergabe von Netzkonzessionen durch die Kommunen anzuwenden. Es sollte derjenige Netzbetreiber den Zuschlag erhalten, der die geringsten Renditen aus dem Netzbetrieb ansetzt. So könnten die Netzkosten wirkungsvoll gesenkt werden. In der Ausschreibung würde der Netzbetreiber den Zuschlag bekommen, die die von der Bundesnetzagentur festgelegte Erlösobergrenze am weitesten unterbietet.

Kontakt LichtBlick SE:

Gero Lücking, Geschäftsführung Energiewirtschaft,
gero.luecking@lichtblick.de, Tel: 040-6360-1002
Brick Medak, Energiepolitik,
brick.medak@lichtblick.de, Tel: 0175-3555296